



Liebe Duisburgerinnen und Duisburger, liebe Parteifreunde!

Städte wie Duisburg sind auf eine langfristige, nachhaltige und verlässliche Stadtentwicklung angewiesen, wenn sie ihr volles Entwicklungspotenzial ausschöpfen wollen. Planungssicherheit bieten dabei Regionalpläne, eine Zwischenebene zwischen Landesentwicklungsplan und kommunalem Flächennutzungsplan. Den Beitrag Duisburgs zum neuen Regionalplan Ruhr, der das gesamte Ruhrgebiet umfasst und rund 15 Jahre gelten soll, hat der Rat unserer Stadt mit seiner Stellungnahme an den Regionalverband Ruhr jetzt mit großer Mehrheit beschlossen.

Der Regionalplan für Duisburg basiert auf der selben Philosophie wie der längst beschlossene Flächennutzungsplan Duisburg 2027, der schon bald gelten wird: Im Kern geht es darum, für Duisburg eine ausgewogene Mischung an Wohn-, Gewerbe- und Grünflächen festzulegen, ausgerichtet nach den lokalen Bedürfnissen der Bevölkerung vor Ort. Daher wurden die Bürger schon bei Duisburg 2027 frühzeitig und mehrfach in den Planungsprozess einbezogen. Bei der Planung für den Regionalplan haben die Bezirksvertretungen zahlreiche Änderungswünsche an den Planungen der Verwaltung formuliert, die der Rat nach ausführlicher Debatte

entweder beschloss oder ablehnte. Dabei hat und hatte die CDU-Ratsfraktion die Bedürfnisse der Bürger vor Ort, in den Stadtteilen und sieben Bezirken, immer genau im Blick.

Trotz langer, demokratischer Abstimmung mit den Bürgern kann das Ergebnis des Regionalplans für Duisburg nicht alle Seiten zufrieden stellen. Im Rat begründete die FDP-Gruppe ihre Ablehnung so: Die Interessen der Wirtschaft kämen zu kurz. Ganz anders die Grünen im Rat: Sie beklagten einen „unnötigen Flächenfraß“, die Natur habe in Duisburg keine Lobby. Tatsache ist: Ob FDP oder Grüne - man kann es nicht allen recht machen, will man ein tragfähiges Ergebnis erzielen.

Die CDU-Fraktion hält dagegen sowohl am Regionalplan für Duisburg als auch am neuen Flächennutzungsplan Duisburg 2027 fest. Denn in beiden Fällen handelt es sich um eine ausgewogene Planung, die lange Bestand haben und unserer Kommune Planungssicherheit in Sachen Umwelt, Wohnen und Wirtschaft geben wird. Zahlreiche Grünflächen bleiben langfristig erhalten. Günstiger Wohnraum wird auf geeigneten Flächen geschaffen. Und die Wirtschaft kann auch künftig auf ausreichende Gewerbegebiete



Rainer Enzweiler
Fraktionsvorsitzender

zurückgreifen. Stadtentwicklung ist immer ein Austarieren der jeweiligen Interessen, man muss tragfähige Kompromisse finden.

Das ist nach Auffassung der CDU-Fraktion gelungen.

Herzlichst
Ihr

KOMMENTAR



„In den letzten Jahren sind die Baukosten für den Straßenbau deutlich gestiegen. Anlieger von öffentlichen Straßen sind zunehmend durch ihren Anteil am Straßenausbau finanziell überfordert.

Auch in Duisburg gibt es immer mehr solche Fälle. Daher begrüßt es die CDU Duisburg sehr, dass das Land das seit 1906 bestehende System auf den Prüfstand stellt, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen reformieren, modernisieren und flexibilisieren will. Doch die CDU-Fraktion lehnt Überlegungen ab, dass Kommunen die Erhebung von Straßenbaubeiträgen eigenmächtig aussetzen. Auch schließt sie sich der

Forderung des NRW-Städtetags an, dass das Erheben von Anliegerbeiträgen keinesfalls in das Ermessen der einzelnen Kommunen gestellt werden darf. Es muss vermieden werden, dass die Beiträge kompensationslos ausfallen, dann würden in Duisburg noch weniger Straßen erneuert als es heute schon der Fall ist. Mit Sicherheit ist es keine sozial gerechte Lösung, die dann fehlenden Mittel für den Straßenausbau über eine Erhöhung der Grundsteuer aufzufangen, die in Duisburg eh schon exorbitant hoch ist. Daher sind Kompensationen durch Zuschüsse des Landes für die ausfallenden Ausbaubeiträge ein sinnvoller Weg.

Dennoch: Es ist überfällig, dass die NRW-Regierung das Kommunale Abgabengesetz (KAG) und damit Stra-

ßenausbaubeiträge mit Augenmaß reformiert. Dabei darf die Senkung oder die komplette Streichung der Beiträge bei entsprechender Kompensation kein Tabu sein – denn genau das will eine Mehrheit der Bürger, auch in Duisburg.“

Thomas Mahlberg

Inhalt

- Duisburger Freiheit
- Sozialpolitik
- Zwei neue Beigeordnete
- Neue Website

Neues Stadtquartier:

Jetzt nimmt die Duisburger Freiheit Fahrt auf



Foto: Funke Foto Services

Büros und Wohnungen mit einer Grünfläche mitten in der Stadt?

Was soll mit dem ehemaligen Güterbahnhofsgelände, ein 30 Hektar großes Filetgrundstück nahe dem Hauptbahnhof geschehen, das täglich tausende Bahn- und Zugfahrer passieren? Wie soll es künftig genutzt werden, nachdem die städtische Immobilientochter GEBAG im Herbst das Gelände dem Berliner Möbelhändler Kurt Krieger abgekauft hat. Was soll auf der Visitenkarten-Fläche unserer Stadt entstehen? Dass Büros und Wohnungen mit einer Grünfläche errichtet werden ist nach jetzigem Stand wahrscheinlich.

Die GEBAG wird gemeinsam mit der Verwaltung noch in diesem Jahr einen Entwicklungsprozess für die „Duisburger Freiheit“ vorbereiten, der Strategien zur Organisation, Planung, Kommunikation und Beteiligung festlegen soll. Darüber soll dann der Rat beschließen.

Der Rat hat die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit der GEBAG zu prüfen, ob gleichzeitig vorbereitende Untersuchungen und Maßnahmen zur Baureifmachung, Sicherung und Erschließung der Fläche beauftragt und durchgeführt

werden können. Außerdem soll die Verwaltung in Abstimmung mit der GEBAG prüfen, ob Fördermittel zur Entwicklung dieser Fläche akquiriert werden können.

Was bisher geschah - die Historie des Geländes:

Die Stadt Duisburg beschloss mit dem Masterplan Innenstadt des Büros Foster + Partners in London 2007 den Handlungsrahmen für die weitere Entwicklung der Innenstadt Duisburgs. 2009 wurde ein weiterer Meilenstein - der Masterplan „Duisburger Freiheit“ - für die frühere Güterbahnhofsfläche südlich der Innenstadt entwickelt. Ziel dieses Masterplanes von Foster + Partners war es, diesen Bereich zu einem exponierten Büro- und Dienstleistungszentrum mit ergänzendem Wohnen und Gewerbe sowie einer öffentlichen Grünfläche zu entwickeln.

Im Mai 2010 ging das Grundstück von Aurelis an die Krieger Grundstück GmbH über, im Bauleitplanverfahren wurden neben Büroflächen auch ein Möbelhaus sowie eine umfangreiche zentrale öffentliche Grünfläche festgesetzt. Diese Entwicklung entsprach nicht der inhaltlichen Ausrichtung des Masterplanes. 2016 gab die Krieger Grundstück GmbH die Pla-

nungen eines Möbelhauses auf dieser Fläche auf. Der Plan, auf dieser Fläche ein Designer Outlet Center (DOC) zu errichten, für den auch die Duisburger CDU-Fraktion eintrat, musste mit dem knappen Votum des Bürgerentscheids vom September 2017 gegen die Errichtung eines DOC zu den Akten gelegt werden.

Der Bereich nördlich der Koloniestraße wurde durch Aurelis bereits fast vollständig entwickelt und realisiert. Durch den erfolgten Ankauf der etwa 30 Hektar großen, verbliebenen Fläche der Duisburger Freiheit hat die GEBAG als hundertprozentige Tochter der Stadt nun die Möglichkeit einer zielgerichteten und zielführenden Entwicklung des Areals eröffnet.

Die Voraussetzungen für eine sinnvolle, zukunftsweisende Entwicklung des Geländes sind günstig, das Areal verfügt über ein einmaliges Potential – eine hervorragende Anbindung an den ÖPNV, den regionalen und überregionalen Schienenverkehr, eine direkte Autobahnanbindung, die Nähe zum Flughafen Düsseldorf, die zentrale Lage im Stadtgebiet im Eingangsbereich zur Duisburger Innenstadt.

Kerstin Wittmeier und Martin Linne werden neue Dezernenten im Rathaus



Kerstin Wittmeier

Fotos: Funke Foto Services



Martin Linne

Die Bochumer Polizeipräsidentin Kerstin Wittmeier und der Krefelder Beigeordnete Martin Linne werden neue Dezernenten im Duisburger Rathaus. Das hat der Stadtrat mit großer Mehrheit beschlossen.

Das Dezernat für Personal, Organisation und bezirkliche Angelegenheiten geht an die parteilose Kerstin Wittmeier. Die in Duisburg lebende Diplom-Sozialwissenschaftlerin war zuvor Polizeipräsidentin in Oberhausen und hatte als stellvertretende Leiterin des Landesamtes für Zentrale Polizeitechnische Dienste (LZPD) auch eine berufliche Station in Duisburg.

Kerstin Wittmeier und Martin Linne sind exzellent qualifiziert. Aufgrund ihrer Fachkompetenz und ihrer beruflichen Werdegänge sind sie beide bestens geeignet.

Für Martin Linne spricht vor allem, dass er die Stadt und die Verwaltung seit vielen Jahren kennt. Er tritt bekanntlich die Nachfolge des glücklosen Carsten Tum an, der inzwischen Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU) geworden ist.

Martin Linne, der in Münster Geografie, Politikwissenschaften, Verwaltung und Raumplanung studiert hat, hatte 1992 bei der Stadt Duisburg angefangen. Seit 2002 hatte er dort das Amt für Stadtentwicklung und Projektmanagement geleitet. Lange Zeit galt er als die rechte Hand des damaligen Dezernenten Jürgen Dressler. Der künftige Dezernent war auch federführend am Projekt „Duisburg 2027“ beteiligt, mit dem die Ziele der langfristigen Entwicklung der Stadt erarbeitet wurden.

Ziele der CDU für eine nachhaltige Sozialpolitik



Foto: Funke Foto Services

Kommunale Sozialpolitik, gerade in einer Stadt wie Duisburg kann nie losgelöst gesehen werden von den Rahmenbedingungen in Bund und Land.

"Für die CDU Duisburg ist die beste Sozialpolitik eine nachhaltige Wirtschaftsförderung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze in Duisburg", so Josef Wörmann, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Ratsfraktion. "Dazu wollen wir auch das Bundesprogramm Sozialer Arbeitsmarkt in Duisburg aktiv begleiten und so Langzeitarbeitslosen helfen, wieder in Arbeit zu kommen.

Der Kampf gegen Altersarmut kann und muss durch kommunale Sozialpolitik begleitet werden, dazu gehört eine aktive Wohnraumförderung mit dem Ziel:

- Wohnraum für Haushalte zu schaffen, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind
- Bestehenden Wohnraum an die Erfordernisse des demographischen Wandels anzupassen und energetisch nachzurüsten
- Wohnquartiere erhalten und stärken, um so die Rahmenbedingungen schaffen, dass alle pflegebedürftigen Menschen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können und gleichzeitig eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege erfahren.

Ziel ist, dass jeder Pflegebedürftige die Form seiner Versorgung selbst wählen

kann. Dazu gehört eine Infrastruktur mit bedarfsgerechten Wohnformen wie z. B. betreutes Wohnen und Hausgemeinschaften. Wir wollen, dass sich die Menschen in Duisburg heimisch fühlen. Heimat schafft Sicherheit, Geborgenheit, Zusammenhalt und Perspektive.

Die CDU Duisburg wird Vermüllung, mangelhafte Beleuchtung, verschmutzte und zerstörte Grünanlagen und Gehwege, Sachbeschädigungen, Fassadenschmierereien und den Verfall von Immobilien nicht weiter hinnehmen. Die Menschen wollen in einem sauberen Duisburg, in einem sauberen Stadtteil sicher leben. Wir werden die bestehenden Möglichkeiten des allgemeinen Ordnungsrechts überprüfen und Verwahrlosung und „Angst-Räumen“ entgegenwirken.

Duisburg hat eine lange, reiche und vielfältige Einwanderungsgeschichte. Heute besitzen rund 35 Prozent der Bürger unserer Stadt eine Zuwanderungsgeschichte. Damit ein Zusammenleben in Vielfalt gelingt, nimmt für uns als CDU Duisburg eine funktionierende Integration eine zentrale Rolle ein. Die Integration von zugewanderten Bürgern, die schon länger in Duisburg leben, darf auch in Zeiten des Zuzugs von Flüchtlingen und von Menschen aus Südeuropa nicht vernachlässigt werden."

Mehr zu den Zielen der
CDU-Ratsfraktion Duisburg unter:
www.cdu-fraktion-duisburg.de/was-duisburg-bewegt

<https://cdu-fraktion-duisburg.de/>



Fotomontage von der neuen Webseite
mit Foto von rawpixel.com

Duisburg *bewegen* - Unser neuer Internet-Auftritt

**Attraktiv, übersichtlich, hell,
freundlich, informativ -**

**Die CDU-Ratsfraktion präsentiert ihre
neue Website „Duisburg bewegen“**

Die neue Homepage informiert über die Ratsfraktion, die sieben Bezirksfraktionen in Duisburg, ihre Ziele und ihre Arbeit – ausführlicher als jemals zuvor. Die Bürger können sich über ihre Ansprechpartner, deren Adressen, Telefonnummern und Mailadressen informieren, um mit ihren Mandatsträgern direkt in Kontakt zu treten. Sie erfahren etwas zur Biographie der Ratsfrauen und -männer der CDU-Fraktion, ihre Ziele für Duisburg und ihren Ortsteil sowie ihre Motivation,

sich kommunalpolitisch zu engagieren. In welchen Ratsausschüssen unsere Fraktionsmitglieder arbeiten, findet sich hier auch. Im Themenbereich werden die wichtigsten Ziele der Duisburger CDU in zentralen politischen Feldern wie Sicherheit, Finanzen, Kultur, Umwelt, Personal, Arbeit und Soziales dargestellt.

„Unsere neue Website bietet den Bürgern viel mehr Service und Informationen als bisher. Sie sorgt auch für mehr Transparenz, Orientierung und Klarheit“, freut sich Fraktionschef Rainer Enzweiler. „Damit können sich die Duisburger ein wesentlich besseres Bild unserer Arbeit im Rat und in den Bezirken machen. Außerdem werden unsere Positionen zu

wichtigen politischen Themen in Duisburg klar herausgestellt. So zeigen wir mehr Profil!“

Neu ist auch, dass die Bezirke und die wichtigsten aktuellen politischen Ziele der Duisburger CDU in Walsum, Hamborn, Meiderich, Homberg/Ruhrort/Baerl, Stadtmitte, Rheinhausen und Süd vorgestellt werden. Auch die Kontaktdaten der Mitglieder der Bezirksfraktionen sind hier zu finden. Und wie bisher können die Bürger hier alle Pressemitteilungen der Fraktion, den Newsletter „Positionen“ und weitere aktuelle Infos aus der Ratsarbeit nachlesen. Enzweiler: „Wir freuen uns über hohe Klickzahlen.“

www.cdu-fraktion-duisburg.de

Herausgeber:
Rainer Enzweiler
Fraktionsvorsitzender

Redaktion:
Martin Krampitz

CDU-Fraktion im Rat
der Stadt Duisburg
Königstraße 7-9
47051 Duisburg

Telefon: 0203 393 87-0
Telefax: 0203 393 87-11
E-Mail: ratsfraktion@cdu-duisburg.de
www.cdu-fraktion-duisburg.de

Bildnachweis: sofern nicht anders
gekennzeichnet, aus eigenem Archiv

